

Aus: Palästina Nachrichten -Mitteilungen der Vereinigung der Freunde Palästinas in Berlin-Brandenburg e.V., Nr. 57 / 18. Juni 2003

AQABA: DER STAPELLAUF DER „TITANIC“

Natürlich ist diese neueste Ausgabe der Palästina Nachrichten lange überfällig. Aber immer wieder wurde gewartet, um jüngste Entwicklungen zu berücksichtigen und kommentieren zu können. Wieder und wieder wurden wir von den Ereignissen überrollt. Sollte erst die Bildung der neuen palästinensischen Regierung unter Mahmoud Abbas im Mittelpunkt unserer Betrachtungen rücken, so stand dann aber der Gipfel von Scharm el-Sheikh an, schließlich rangierte noch vor wenigen Tagen das Treffen von Aqaba an erster Stelle, und nun hat sich auch das schon wieder erledigt. So bleibt nur noch im Nachhinein zu registrieren, wie sich die Dinge vom Schlimmen zum Schlimmeren wenden. Nach den letzten gezielten „extra-judiciary“ (also außerhalb des Rechts stattfindenden) Exekutionen durch die israelische Armee haben Hamas-Führer „alle Israelis und vor allem Scharon“ zu Zielen von Anschlägen erklärt und alle Ausländer aufgefordert, Palästina umgehend zu verlassen. Scharon sagte zur gleichen Zeit: „Palästinensische Terrororganisationen und ihre Führer werden bis zu bitterem Ende verfolgt.“ Wenn den Worten Taten folgen, was zu befürchten ist, kann es sein, daß wir nicht nur schlechthin Zeugen eines Krieges, sondern eines gegenseitigen Vernichtungskrieges werden.

Einen Hinweis auf die gegenwärtige Stimmungslage in Israel gibt ein Interview mit dem israelischen Historiker Benny Morris. Morris hatte sich einen Namen gemacht, als er anhand israelischer Archive nachwies, daß die Palästinenser 1948 tatsächlich das Opfer von Vertreibungen wurden. Er gilt als einer der prominenten „Neuen Historiker“. Jetzt sagte er jedoch: „Das Gerede über einen Waffenstillstand ist Quatsch. Diese Leute wollen Israel zerstören, das hat der Hamas-Sprecher Rantisi jetzt gerade wieder auf dem Krankenbett gesagt. Man muß diese Leute zerstören, sonst gibt es keinen Frieden. (...) Die Mittel sind ganz egal. Ich würde noch viel härter zuschlagen. Ich bin der Meinung, wir sollten nicht nur Rantisi töten, sondern auch Scheich Jassin, den geistlichen Führer der Hamas, und alle anderen radikalen Anführer. Wir müssen denen klar machen, wer immer Hamas führen will, ist ein toter Mann. (...) Meiner Meinung nach sind die Palästinenser noch nicht gestraft genug, so daß sie endlich aufwachen. Sie jammern jeden Tag herum. Sie müssen einen noch viel höheren Preis zahlen, damit sie endlich kapieren, daß Terrorismus gegen ihr Interesse ist.“ (Der Tagesspiegel, 12. Juni).

Von Seiten der Hamas die gleiche Tonlage. Aber auf Yasser Arafat, der die jüngsten Selbstmordanschläge der Hamas nachdrücklich genau so verurteilt hat, wie den Amoklauf der israelischen Streitkräfte, hört eh niemand mehr. Für Scharon und Bush ist der palästinensische Präsident ohnehin „irrelevant“.

Der Rückblick auf die letzten Wochen bringt am Ende die gleiche Auflistung schlechter Nachrichten, wie sie bereits in den vorigen Ausgaben der Palästina Nachrichten zu finden waren, das tägliche Registrieren der Toten, der Raketen aus den Apache-Helikoptern, der Selbstmordattentäter, dem Abriß von Häusern, den Schikanen an den unzähligen Checkpoints, dem Abholzen von Olivenhainen, dem Bau neuer Siedlungen - der „outposts“, und der Übergriffe der Siedler. In den vorigen Palästina Nachrichten hatten wir noch die Nominierung von Mahmoud Abbas (Abu Mazen) als neuem Regierungschef gemeldet. Am 29. April bestätigte dann das palästinensische Parlament (der Legislativrat -PLC) ihn und sein Kabinett (mit 51 gegen 18 Stimmen bei 13 Enthaltungen). Die Nachricht seiner Berufung war zuvor schon emphatisch

begrüßt worden. Seine Wahl leite „eine neue Ära im Nahen Osten ein - und, endlich, das Ende von Arafats Regime“, frohlockte die Süddeutsche Zeitung am 25. April. Skeptisch hingegen die Frankfurter Rundschau (25. April): „Strahlende Sieger sehen anders aus ... Sich gegen Arafat durchzusetzen, gelang ihm nur mit fremder Hilfe, was unter Palästinensern negativ verbucht wurde.“

Skepsis herrschte bei den Palästinensern vor. Ibrahim Dakkak, Veteran der nationalen Bewegung und ein der Führer der ersten Intifada, formulierte das in einem Interview so: „Ich fürchte, daß Abbas sich in eine Position hineinmanövriert hat, die schwierig zu halten sein wird. (...) Daß er so vehement darauf bestanden hat, Mohammed Dachlan zum Sicherheitschef des Inneren zu machen, wird als Folge amerikanischen und israelischen Drucks interpretiert. Das bedeutet zwar noch nicht, daß Abbas nach Washingtons Pfeife tanzt. Aber er hat das Vertrauen der so genannten Straße verloren, was ihm in Zukunft eine Menge Probleme bereiten wird. Sein Weg wird dornig sein. Unklar ist, wie er auf mögliche Angebote der Israelis reagieren wird, und wenn er zustimmen sollte, ob das Angebot auch wirklich den Vorstellungen des palästinensischen Volkes entsprechen wird. (...) Die Schicksalsfrage ist sicher-lich die der Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge. Ich zweifele daran, daß die Israelis irgend etwas anbieten werden, was die Palästinenser akzeptieren könnten. Denn Premier Ariel Sharon kann seinem Volk keine Lösung verkaufen, die für uns akzeptabel wäre. Im Moment geht es den Israelis nur darum, die Intifada zu stoppen. Ange-nommen, das gelingt Abbas, werden dann die Israelis dazu bereit sein, sich aus dem Westjordanland zurückzuziehen?“ Auf die Frage, ob die Berufung von Abbas nicht auch eine neue Chance sein könne, sagte Dakkak: „Natürlich sind wir nicht glücklich mit dem palästinensischen Regierungssystem oder der Art, wie Arafat seine Regierungsgeschäfte führt. Es gab eigentlich immer die Forderung nach mehr Demokratie und einem transparenteren System. Aber das sind Dinge, die nur die Palästinenser etwas angehen, und ein Wechsel von Personen oder Strategien darf nicht von einer fremden Macht aufgezwungen werden - schon gar nicht, wenn dies durch israelische Kanäle lanciert wird. Ich bin kein großer Anhänger der Regierungsarbeit von Arafat, aber er ist alles andere als eine schwache Person. Er ist alt, ja, aber schwach ist er nicht. Er genießt noch immer große Popularität bei den Palästinensern innerhalb und auch außerhalb der Autonomiegebiete. Ohne Arafats Zustimmung wird es auch weiterhin kein Friedensabkommen mit Israel geben. Ich fürchte, die Amerikaner geraten in einen Teufelskreis. Sie sind nicht in der Lage, eine angemessene Lösung zu finden, die sofort umgesetzt werden könnte.“ (Die Welt, 25. April).

Eine Meinungsumfrage des Jerusalem Media and Communication Center erbrachte Ende April folgende Resultate: 44,5 Prozent der Befragten glaubten, die Berufung von Abu Mazen werde keinen Einfluß auf den Friedensprozeß haben, aber immerhin waren 30,4 Prozent der Auffassung, Abu Mazen könne den Friedensprozeß voranbringen. In der Liste der palästinensischen Politiker, denen am meisten getraut werde, stand nach wie vor Arafat mit 21,1 Prozent an der Spitze. Und während Abu Mazen in seiner Regierungserklärung vor dem PLC das Ende der bewaffneten („militarisierten“) Intifada forderte, waren 75,3 Prozent der Befragten für die Fortsetzung der Intifada und nur 22,2 Prozent erklärten ihre Ablehnung der Gewalt.

Abu Mazen hat kein leichtes Amt übernommen. Die Vorschußlorbeeren von Bush bringen ihm keinen Bonus unter Palästinensern, desgleichen positive Kommentare in Israel. (Die Jerusalem Post am 5. Mai: Es könne keinen Zweifel geben, „daß Abu Mazens Ernennung der überzeugende Beweis dafür ist, daß Israel den Kampf gegen die gewaltsame palästinensische Erhebung gewonnen hat, die Arafat uns vor dreißig Monaten aufgezwungen hat“). Das

Regierungsprogramm, das die Entwaffnung von Hamas vorsah, dürfte auch deshalb kaum zu realisieren sein, weil Israel die palästinensischen Sicherheitsdienste akribisch zerschlagen hat.

Am 27. April sagte Abu Mazen in einem AP-Interview: „Ich werde das Land nicht verlassen und ich werde keine Besuche abstatten, bevor nicht die Belagerung, die über Präsident Arafat verhängt wurde, aufgehoben ist und bevor er sich der vollen Freiheit erfreut, sich innerhalb und außerhalb von Westbank und Gaza zu bewegen ohne Hindernisse für seine Rückkehr.“ (Jerusalem Post, 28. April). Aber die objektiven Zwänge waren wohl stärker als alle Schwüre; zumindest nach Ägypten und Jordanien mußte Abu Mazen reisen.

Am 30. April wurde die „Roadmap“, der Fahrplan für den Friedensprozeß offiziell übergeben. Am 3. Juni versammelte George W. Bush im ägyptischen Scharm el-Sheikh jene arabischen Chefs um sich, die er für würdig befand, am 4. Juni zitierte er Abu Mazen und Ariel Scharon nach Aqaba. Fast zehn Jahre nach dem famosen Oslo-Abkommen (das ja, wir erinnern uns, bis Mitte 1999 ein Ende des Konflikts und einen souveränen Palästina-Staat mit anerkannten Grenzen bringen sollte, einschließlich einer Übereinkunft hinsichtlich der Palästina-Flüchtlinge und des Statuts von Jerusalem - bis Mitte 1999!!!) ein fast identischer Plan, diesmal auf nur zweieinhalb Jahre ausgelegt, und mit den gleichen eingebauten Geburtsfehlern. Wieder wurden die „Knackpunkte“ - Jerusalem, Flüchtlingsfrage, die Grenzen eines Palästina-Staates - erst einmal ausgespart.

Erste Phase der „Roadmap“: Verzicht beider Seiten auf Gewalt und Hetze; Verzicht Israels auf Deportationen, auf Angriffe gegen Zivilisten, auf Kollektivstrafen wie Konfiszierung von palästinensischem Eigentum; Abbau der seit März 2001 von Israelis errichteten Siedlungen („Aussenposten“). Dann die zweite Phase bis Ende dieses Jahres: Entstehung eines palästinensischen Staates „mit vorläufigen Grenzen und Attributen von Souveränität“ - was auch immer das sein mag (eine Fahne? Eine Hymne? Aber das haben die Palästinenser doch schon...). Dann Wahlen in den palästinensischen Gebieten und eine internationale Konferenz zur Erholung der palästinensischen Wirtschaft und zur Ingangsetzung des Prozesses, der zum unabhängigen palästinensischen Staat führt - wie gesagt, alles innerhalb der nächsten sechs Monate. Und dann in den Jahren 2004 und 2005 die dritte Phase, die „Konsolidierung der Reform“, die „Stabilisierung der palästinensischen Institutionen“, und eine weitere internationale Konferenz zur endgültigen Friedensregelung einschließlich Jerusalem-Frage, auch einschließlich der Flüchtlingsfrage. Aber, so Ariel Scharon am 7. Mai in Radio Israel: „Wenn die Verhandlungen weitergehen sollen, müssen die Palästinenser auf ihre Forderung nach Rückkehrrecht verzichten“.

Am Ende von Aqaba standen unbestimmte israelische Zusagen (so die Räumung von „Outposts“, worüber noch zu reden sein wird) und palästinensische Konzessionen. Abu Mazen versprach ein Ende der bewaffneten Intifada und die Entwaffnung der kämpfenden Gruppen. Wer sollte an die Einhaltung der Termine der „drei Phasen“ der „Roadmap“ glauben, wenn doch die erste Phase bereits Ende Mai abgeschlossen sein sollte und dabei garnicht erst begann. Daß der palästinensische Regierungschef in Aqaba auf die Erwähnung des „Rechts auf Rückkehr“ verzichtete, brachte ihm heftige Kritik seiner Landsleute ein. Einen bitteren Witz erzählt man sich unter Palästinensern: Die einzigen Worte in der Aqaba-Rede von Abu Mazen, die nicht die Israelis geschrieben hätten, lauteten: „Im Namen Allahs, des Barmherzigen...“

Daß Scharon Bush den Gefallen tat, erstmals von einem palästinensischen Staat zu sprechen, verschaffte ihm bei den Siedlern und der israelischen Rechten den Vorwurf des Verrats. Aber

gemacht: Auf der Karte, die Scharon schon mal vorzeigt, folgt der zukünftige Grenzverlauf der gegenwärtig entstehenden Mauer, und das bedeutet, der Staat Palästina wird aus einigen Bantustans bestehen. Die Neue Zürcher Zeitung (4. Juni) meinte: „Viele Beobachter sind im Blick auf Scharons bisherige Politik davon überzeugt, daß die Unterstützung des israelischen Ministerpräsidenten für die ‘Roadmap’ ein bloßes Lippenbekenntnis ist, das ihm von den Amerikanern entrissen wurde. Seine Formulierung des Versprechens zum Abbau von Siedlungsposten läßt den Schluß zu, daß er nicht dazu bereit ist, die Siedlungen auf ihren Zustand vor dem Oktober 2000 zurückzustutzen, wie das die ‘Roadmap’ verlangt. Es wäre für ihn nicht schwer, mit politischen Spitzfindigkeiten und militärischen Maßnahmen neue Gewalt von palästinensischer Seite zu provozieren und damit Vorwände zu schaffen, eingegangene Verpflichtungen nicht zu erfüllen. Auf der anderen Seite weist Scharons Bemerkung, es sei für Israel nicht gut, die Palästinenser zu beherrschen, auf eine tiefere Einsicht in die - zu hohen - Kosten einer dauerhaften Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens hin.“

Scharons Gebrauch des Wortes der „Besatzung“ löste unter der israelischen Rechten einen Sturm der Empörung aus. Also hielt es der Premier für nötig, eine Erläuterung nachzuschieben. Es sei nicht wünschenswert, sagte er, auf Dauer die palästinensische Bevölkerung zu kontrollieren, die Bevölkerung wohlgeartet. Der zutreffende Ausdruck, um das Land (Westbank und Gaza) zu beschreiben, sei allerdings nicht „besetzt“ sondern „umstritten“. Denn, da hätten die Kritiker recht, ganz Palästina sei schließlich „Erez Israel“. Man könne nicht „Besatzer“ in einem Gebiet sein, was einem ohnehin gehöre. Man entsinne sich, daß der seinerzeitige Regierungschef Menachem Begin den Palästinensern „Autonomie für die Menschen, nicht für das Land“ in Aussicht stellte.

Nix Neues also. Es geht um Worte. Beispielsweise um das Wort „zusammenhängend“. Bush benutzte es in Aqaba zur Beschreibung des Territoriums eines künftigen Palästina-Staates, und Scharon desgleichen. Der Begriff „zusammenhängend“, meinte die Neue Zürcher Zeitung (4. Juni) habe „einen besonderen Stellenwert. Es bedeutet, daß Siedlungen, die palästinensische Gebiete in Cisjordanien und den Gazastreifen in mehrere Stücke teilen, dereinst liquidiert werden müssen“. Müssen sie? Ziehen wir das Wörterbuch zu Rate. Ha’aretz zitierte (am 4. Juni) vorab aus Scharons Aqaba-Rede: Das Territorium des palästinensischen „Interim-Staates“ (auch so ein schöner Begriff) müsse (auf englisch:) „contiguous“ sei, Bush jedoch benutzte das Wort „continuous“. Ein winziger Buchstabe ist anders, und der hat es in sich. „Contiguous“ ist „angrenzend, berührend“, „continuous“ hingegen „zusammenhängend. Mit solchen winzigen Unterschieden wird Weltpolitik gemacht.

Wenige Tage nach dem Treffen von Aqaba begann der Zyklus von Attentaten und Raketenangriffen schlimmer den je. Der amerikanische Präsident beschränkte sich auf Mahnungen. UN-Generalsekretär schlug die Entsendung von Blauhelmen nach Palästina vor, was die Palästinenser schon mehrfach gefordert haben, und was die israelische Regierung auch diesmal umgehend ablehnte.

Nach Oslo gab es den Friedensnobelpreis für Rabin, Peres und Arafat. Rabin wurde ermordet, Arafat steht seit vielen Monaten unter Hausarrest, Peres schob man auf ein Abstellgleis. Auf Oslo folgten Jahre der Enttäuschungen. Auf Aqaba folgte Amoklauf.

Der israelische Regierungssprecher Raanan Gissin kommentierte Aqaba so: „Wir schicken die Roadmap auf den Weg, so wie man ein Schiff vom Stapel läßt, zum Beispiel die ‘Titanic.’“